












Brennpunkt 1 – Mehrwertsteuer

Werden Sie für die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes im Gastgewerbe stimmen?

	<ul style="list-style-type: none">■ Strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung■ Korrektur nicht mehr zeitgemäßer und nicht nachvollziehbarer Belastungen unter Berücksichtigung der europäischen Wettbewerbssituation■ Mittelstand braucht mehr Wettbewerbsgerechtigkeit in Europa. Deshalb niedriger Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen, wie z.B. sieben Prozent Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie
	<ul style="list-style-type: none">■ Überprüfung der ermäßigten Umsatzbesteuerung■ Aktueller Katalog lässt Systematik vermissen■ Im Rahmen der Neuordnung sollen auch Hotellerie und Gastronomie behandelt werden■ Ermäßigte Besteuerung für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs oder mit existenzieller Bedeutung
	<ul style="list-style-type: none">■ Für fairen Wettbewerb müssen auch in Deutschland reduzierte Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie eingeführt werden■ Verbesserung der touristischen Rahmenbedingungen
	<ul style="list-style-type: none">■ Ablehnung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für das Gastgewerbe
	<ul style="list-style-type: none">■ Ausweitung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und auf arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks sowie Hotellerie und Gastronomie







Brennpunkt 2 – Mindestlohn

Sagen auch Sie „NEIN“ zum Mindestlohn über Gesetz?

	<ul style="list-style-type: none">■ Wo erforderlich, soll eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen greifen■ Zur Verhinderung von Lohndumping soll das Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich klargestellt werden
	<ul style="list-style-type: none">■ Branchenspezifische Lohnuntergrenzen unter Beteiligung der Tarifpartner sind besser als Mindestlöhne■ Lohnfindung darf nicht verstaatlicht werden, sondern muss Aufgabe der Tarifpartner bleiben
	<ul style="list-style-type: none">■ Allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne sollten in möglichst vielen Branchen gezahlt werden■ Wo Sozialpartner nicht aus eigener Kraft dazu in der Lage sind, sollen Mindestarbeitsbedingungen vorangetrieben werden■ Lohnhöhe soll von einer Kommission bestimmt werden■ Ziel ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro
	<ul style="list-style-type: none">■ Mindestlohn führt zu Verdrängung von Arbeitsplätzen, besonders im gering qualifizierten Bereich, und Abwanderung in Schwarzarbeit■ Reichen geringe Löhne nicht aus, greift unterstützend das Bürgergeld und sichert so das Mindesteinkommen■ Dieses Mindesteinkommen verhindert Armut besser als staatlich verordnete Mindestlöhne
	<ul style="list-style-type: none">■ Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn soll sichergestellt werden, dass von der Arbeit gelebt werden kann■ Das Ziel ist ein Mindestlohn von 7,50 Euro■ Höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen bleiben davon aber unberührt
	<ul style="list-style-type: none">■ Forderung eines gesetzlichen Mindestlohns nach französischem Vorbild■ Das Ziel ist ein existenzsichernder, gesetzlicher Mindestlohn, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro steigen soll







Brennpunkt 3 – Unternehmenssteuer

Werden Sie dafür Sorge tragen, dass die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen bei Mieten und Pachten schnellstmöglich wieder abgeschafft werden?

	<ul style="list-style-type: none">■ Weiterentwicklung der Unternehmenssteuerreform■ Überprüfung der Besteuerung von Unternehmen auf krisenverschärfende Wirkungen■ Keine wachstumsfeindliche Steuerpolitik
	<ul style="list-style-type: none">■ Unternehmenssteuerreform muss nachgebessert werden■ Forderung nach Wegfall der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen bei Immobilien
	<ul style="list-style-type: none">■ Für eine Ausgestaltung der Gewerbesteuer, die den legitimen Finanzierungsbedürfnissen der Kommunen sowie den Anforderungen der Unternehmen gerecht wird■ Beibehaltung der Hinzurechnungen, da sie die Ausgestaltung des Leistungsfähigkeitsprinzips bezwecken■ Durch die Hinzurechnung wird die Abwanderung von Steuersubstrat erschwert
	<ul style="list-style-type: none">■ Beseitigung von Fehlern der Reform■ Abschaffung der Hinzurechnungsvorschriften bei der Gewerbesteuer■ Steuerbelastung für Unternehmen darf das durchschnittliche Besteuerungsniveau der entwickelten Industrieländer nicht übersteigen, sonst Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft
	<ul style="list-style-type: none">■ Prüfung und angemessene Ausgestaltung der Unternehmenssteuer unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf Arbeitsplätze und kommunale Einnahmen■ Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer■ Freibetrag für kleine und mittlere Unternehmen■ Beibehaltung der Anrechenbarkeit auf die Einkommenssteuer
	<ul style="list-style-type: none">■ Beibehaltung der Hinzurechnung, da Gewerbesteuer eine wesentliche Einnahmequelle für die Kommunen ist■ Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer

Brennpunkt 4 – Hotelfernsehen

Sind Sie der Ansicht, dass Hotels weder Kabel- noch Sendeunternehmen sind und werden Sie sich für eine Kostenentlastung der gastgewerblichen Betriebe einsetzen?

	<ul style="list-style-type: none">■ Unterbreitung von Lösungsvorschlägen falls gesetzgeberischer Handlungsbedarf■ Verweis auf die gegenwärtige Überprüfung der Regelungen der Kabelweitersendung für Hotels
	<ul style="list-style-type: none">■ Prüfung, ob weiterer Handlungsbedarf besteht
	<ul style="list-style-type: none">■ Klarstellung, dass Hotels weder Kabel- noch Sendeunternehmen sind, doch Vergütungspflicht knüpft sich nicht an diese Wertung, sondern daran, dass Programme weitersendet werden■ Rundfunkgebühren sind Ländersache und werden über Staatsverträge geregelt■ Diskussionen zur Rundfunkgebührenfrage und neuer Modelle noch nicht abgeschlossen – erste Ergebnisse voraussichtlich 2011
	<ul style="list-style-type: none">■ Klarstellung, dass Hotels weder Kabel- noch Sendeunternehmen sind■ Entlastung überfällig■ Überprüfung des Urheberrechts■ Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks■ Medienabgabe soll gerätebezogene Rundfunkgebühr ersetzen
	<ul style="list-style-type: none">■ Technologieneutrale Ausgestaltung des Urheberrechts §20b■ Mediengebühr pro Unternehmen, nicht pro Gerät
	<ul style="list-style-type: none">■ Vergütungszahlungen für Kabelweitersendungen in Hotels werden als sozial verträglich angesehen